Stand: 24.04.2024 09:21:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/17082

"Handwerk als Stütze der mittelständischen Wirtschaft in seiner Qualität erhalten - Meisterordnung nicht antasten!"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/17082 vom 11.06.2013
2. Beschluss des Plenums 16/17129 vom 12.06.2013
3. Plenarprotokoll Nr. 128 vom 12.06.2013

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**17082**
11.06.2013

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Markus Reichhart, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Otto Bertermann, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Mannfred Pointner, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Handwerk als Stütze der mittelständischen Wirtschaft in seiner Qualität erhalten – Meisterordnung nicht antasten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die derzeit bestehende Meisterpflicht in zahlreichen Handwerksberufen auch in Zukunft erhalten bleibt. Vorstößen der EU-Kommission, die Meisterpflicht abzuschaffen, ist entschieden entgegenzutreten.

Begründung:

Die Europäische Kommission fordert in ihren länderspezifischen Empfehlungen (COM(2013) 355 final), „ungerechtfertigte Beschränkungen und Marktzutrittsschranken“ im Dienstleistungssektor abzuschaffen, um den Wettbewerb zu stärken. Konkret wird moniert, dass in vielen Handwerksbranchen nach wie vor ein Meisterbrief erforderlich ist, um einen Betrieb zu führen.

Die Forderung entbehrt u.E. jeder Grundlage. Die Meisterpflicht garantiert ein hohes Niveau handwerklicher Arbeiten, gerade in sicherheitsrelevanten Bereichen. Sie ist ein Garant für die hervorragende berufliche Ausbildung im Handwerksbereich. Die Abschaffung der Meisterpflicht in 53 Handwerksberufen im Jahre 2004 hat zur Bildung zahlreicher Kleinstbetriebe geführt. Diese betreiben einen ruinösen Preiskampf auf Kosten von Qualität und Ausbildungsplätzen. Diese Art Wettbewerb kann nicht Ziel einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Mittelstandspolitik sein.

Die bestehende Meisterpflicht muss erhalten bleiben, um den hohen Standard des deutschen Handwerks zu erhalten. Den völlig unnötigen und ungenügend begründeten Forderungen aus Brüssel muss eine entschiedene Absage erteilt werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**17129**
12.06.2013

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Markus Reichhart, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Otto Bertermann, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Mannfred Pointner, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 16/**17082**

Handwerk als Stütze der mittelständischen Wirtschaft in seiner Qualität erhalten – Meisterordnung nicht antasten!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die derzeit bestehende Meisterpflicht in zahlreichen Handwerksberufen auch in Zukunft erhalten bleibt. Vorstößen der EU-Kommission, die Meisterpflicht abzuschaffen, ist entschieden entgegenzutreten.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Markus Reichhart
Abg. Dietrich Freiherr von Gumppenberg
Abg. Klaus Stöttner
Abg. Bernhard Roos
Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn
Abg. Simone Tolle
Staatssekretärin Katja Hessel

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Markus Reichhart u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Handwerk als Stütze der mittelständischen Wirtschaft in seiner Qualität erhalten - Meisterordnung nicht antasten! (Drs. 16/17082)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Karsten Klein, Dietrich Freiherr von Gumppenberg, Tobias Thalhammer und Fraktion (FDP),
Christa Stewens, Renate Dodell, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)
Gesamtsystem der beruflichen Bildung beim Handwerk mit allen Systemelementen erhalten und weiterentwickeln (Drs. 16/17092)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf zunächst Herr Kollegen Reichhart das Wort erteilen. Ich bitte, die Gespräche draußen zu führen. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Reichhart (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Europäische Kommission plant schon wieder wirtschaftspolitische Irrlichter. Allein der Aspekt, dass das Handwerk in der Empfehlung des EU-Rates als Dienstleistungssektor auftaucht, spricht Bände. Interessant ist, dass dann im weiteren Text auch noch vom Baugewerbe die Rede ist. Meine Damen und Herren, das Baugewerbe ist nicht gerade als Dienstleister bekannt. Zu kommentieren, wie gut die Kommission über die duale Ausbildung und das Handwerk in Bayern und in Deutschland informiert ist, erübrigt sich damit.

Übernimmt der Rat der Regierungschefs im Juli dieses Jahres die Empfehlungen der Kommission, steht die Meisterpflicht erneut zur Disposition. Die Begründung der Kommission für diesen Schritt ist oberflächlich und unzureichend. Es heißt, ungerechtfertigte Beschränkungen und Marktzutrittsschranken sollen abgeschafft werden, um das

Preisniveau zu senken. So der Tenor. Vereinfacht gesagt bedeutet das, wenn jeder alles machen darf, wird es billiger. Dies geht zulasten der Qualität der Arbeit und auf Kosten nachhaltigen Wirtschaftens. Doch das wird in der Begründung nicht berücksichtigt.

Mit den Segnungen, die sich aus der Novellierung der Meisterpflicht von 2004 ergeben haben, haben wir bittere Erfahrungen gemacht. Damals wurde der Meisterzwang für 43 Handwerksberufe mit der Begründung "nicht gefahrengeneigt" aufgegeben. Schauen wir uns aber die Auswirkungen an: Was haben diese Liberalisierungen mit sich gebracht? – Dazu ein paar interessante und aufschlussreiche Zahlen. Während die Zahl der Handwerksbetriebe in den zulassungspflichtigen Handwerksbetrieben mit Meisterpflicht in Bayern von 2003 bis 2011 nahezu konstant geblieben ist, nahm die Zahl der zulassungsfreien Handwerksbetriebe ohne Meisterpflicht im gleichen Zeitraum von 15.277 auf sage und schreibe 43.206 zu. Was bedeuten diese Zahlen? An die Stelle des klassischen Handwerksbetriebes mit Meister, Gesellen und Auszubildenden ist in den zulassungsfreien Gewerken ein Einmannbetrieb getreten, der seine Arbeit oftmals zu Niedrigstpreisen anbietet, in den allermeisten Fällen keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze schafft und auch keine Lehrlinge ausbildet. Soziale Verantwortung und nachhaltiges Wirtschaften sowie der hohe Qualitätsanspruch im Handwerk sind aber die Werte, für die das Handwerk in Deutschland seit Jahrhunderten steht und damit erfolgreich ist.

Eine weitere Zahl verdeutlicht, wie sehr die Abschaffung der Meisterpflicht in die gewachsenen und bewährten Strukturen in Deutschland und in Bayern eingreift. Während die Zahl der erfolgreich bestandenen Meisterprüfungen im zulassungspflichtigen Handwerk in Deutschland von 2004 bis 2010 nahezu konstant geblieben ist, nahm sie im gleichen Zeitraum beim zulassungsfreien Handwerk um 45 % ab. Auch dies ist eine dramatische Entwicklung. Diese Zahl bedeutet nämlich, dass sich die Zahl der Meister im zulassungsfreien Handwerk im Laufe der Jahre halbieren wird. Wer weiß, welche

hohen Anforderungen an eine Meisterausbildung gekoppelt sind, kann sich ausmalen, welch enormer Know-how-Verlust damit einhergeht.

Diese Entwicklung hat auch Auswirkungen auf die Ausbildung im Handwerk. Das Handwerk bildet fast jeden dritten Auszubildenden aus. Dies geschieht allerdings vor allem in den gestandenen Meisterbetrieben. Rund 30 % dieser Betriebe bilden aus. In den zulassungsfreien Handwerken bildeten 2003 noch 12,8 % der Betriebe aus, 2009 waren es nur noch 4,5 %.Dies ist ein erschreckend geringer Prozentsatz und zeigt, dass die hochwertige Ausbildung junger Menschen durch die Empfehlungen der EU-Kommission gefährdet wird. Der Meister ist der Garant einer guten Ausbildung im Handwerk und damit der guten mittelständischen Struktur in Bayern und in Deutschland.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz zusammenfassen: Der Wegfall der Meisterpflicht führt zu einem Zerfall gesunder Handwerksunternehmen in substanzlose Kleinbetriebe. Der Rückgang der Zahl an Meisterabschlüssen bringt einen enormen Verlust an Sachverstand mit sich, und die Tatsache, dass Betriebe ohne Meister kaum ausbilden, bringt unser international bewundertes System der dualen Ausbildung in Gefahr. - Es gibt noch weitere gute Gründe, die für die Beibehaltung der Meisterpflicht sprechen, aber allein diese drei reichen für uns bei Weitem aus, um die kopflosen und unsinnigen und von Unkenntnis geprägten Vorschläge aus Brüssel entschieden und massiv zurückzuweisen.

Wir begrüßen den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU und der FDP, da er das bestehende System der beruflichen Bildung im Handwerk unterstützt. Allerdings sehen wir die Meisterpflicht eben nicht nur im Zusammenhang mit der beruflichen Bildung als bedeutend an, sondern als essenziell für den Weiterbestand und die Entwicklung des bayerischen Handwerks in seiner Gesamtheit.

Lassen Sie mich zum Schluss bitte wiederholen: Es dürfen nicht schon wieder bewährte Strukturen im bayerischen und deutschen Handwerk verloren gehen oder auch

nur zur Disposition gestellt werden. Deshalb appelliere ich heute an die Koalition und das Hohe Haus: Stimmen Sie unserem Antrag zu und setzen Sie damit ein starkes Zeichen aus dem Bayerischen Landtag nach Brüssel und Berlin – für ein starkes Handwerk, seine bewährte mittelständische Struktur und als Bekenntnis zur starken, stabilen Säule auch und gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege von Gumppenberg.

Dietrich Freiherr von Gumppenberg (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie sich zweifelsfrei vorstellen können, sind wir Liberale in besonderem Maße angesprochen, wenn es um die Fragen des Mittelstandes geht, insbesondere wenn es ums Handwerk geht.

Ich habe die Ehre, nach einem Meister zu sprechen. Sie sind Optikermeister und gehören zu dem Berufsstand, der hier zur Diskussion steht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und was für ein Meister sind Sie?)

Verehrte Freunde, wir sind mit großem Nachdruck dafür, dass das duale System aufrechterhalten wird. Da braucht man uns nicht zu belehren und muss uns nicht sagen, dass wir das unterstützen sollen, sondern wir tun es von uns aus und haben es bereits getan. Wir sind dafür, dass die Meister auch weiterhin in Bayern und in Deutschland den Stand innerhalb der Gesellschaft haben, den sie gegenwärtig haben. Ich habe hohen Respekt vor dieser Berufsgattung. Ich habe hohen Respekt vor den Auszubildenden, die im Handwerk dienen. Ich habe hohen Respekt vor den Gesellen. Ich habe hohen Respekt vor den Handwerkern und den Meistern. Der Meisterbrief hat einen hohen Stellenwert in dieser Gesellschaft, leider aber noch nicht den Stellenwert, den er haben sollte, denn für mich ist der Meister absolut identisch mit akademischen Be-

rufen. Der Meister ist letztlich der Ausdruck des Handwerks, während der andere Ausdruck einer Wissenschaft oder einer sonstigen praktischen Tätigkeit ist.

Meine verehrten Damen und Herren, liebe FREIE WÄHLER, der Punkt ist, dass es nicht ein nachgezogener Antrag von uns ist, sondern der vorliegende Antrag stellt für uns letztlich eine Selbstverständlichkeit dar. Sie ermahnen uns, etwas zu tun, was wir bereits tun. Genauso wenig, wie wir die blaue Farbe des Himmels verändern wollen, brauchen wir eine Ermahnung, uns dafür einzusetzen. Mit großem Nachdruck hat sich die Bayerische Staatsregierung dafür in der EU verwandt. Wir glauben auch Erfolg gehabt zu haben, und wir werden uns nachhaltig dafür einsetzen. Ihr Antrag ist also in der Sache absolut richtig, überhaupt keine Frage, aber Sie stellen einen Antrag, der uns so tief im Bewusstsein ist, dass wir bereits gehandelt haben.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. Jetzt hat der Herr Kollege Stöttner das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die EU fordert seit jeher, die aus ihrer Sicht ungerechtfertigte Marktzugangsbeschränkung im Dienstleistungsgewerbe abzuschaffen, um die Stellung der Ostländer im Wettbewerb zu stärken. Was die EU dabei aber vergisst, sind die unterschiedlichen Qualitätsvoraussetzungen, die besonders Deutschland im Zusammenhang mit dem Meisterbrief bietet.

Der Antrag der FREIEN WÄHLER ist grundsätzlich berechtigt, jedoch geht unser nachgezogener Antrag noch etwas weiter. Er will das gesamte System der beruflichen Bildung für das Handwerk als Gesamtkonzept als schützenswert darlegen. Wie Sie wissen, sehen wir die duale Ausbildung wie einen Zwilling und den Meister als logische Fortsetzung der guten dualen Ausbildung.

Vorangebracht hat die CSU in Bayern die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Abschlüsse von schulischer und beruflicher Bildung und die Hochschulzulassung für Handwerksmeister. Das ist ein schönes Signal für die Wertschätzung unserer Handwerksmeister. Ebenso bedeutet der Meisterbonus, den wir vor Kurzem gemeinsam eingeführt haben, erneut eine Stärkung der beruflichen Anerkennung der Weiterbildung im Gesamtsystem unserer bayerischen beruflichen Bildung.

Wie Sie wissen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist das Handwerk der verlässlichste Akteur in Wirtschaft und Gesellschaft. Verantwortungsbewusstsein und Leistungswillen haben hier ihren festen Platz. Der Mittelstand ist heimatverbunden, standorttreu, und das ist für die wirtschaftliche Stabilität Deutschlands besonders wichtig.

Sie wissen, dass die seinerzeitigen Pläne des ehemaligen SPD-Bundeswirtschaftsministers Clement, die die Abschaffung der Meisterpflicht in allen Berufen vorsahen, von unserem damaligen Wirtschaftsminister Otto Wiesheu durchkreuzt wurden. Die besagten 53 Berufsbilder sind weiterhin ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft und Wirtschaft und haben somit den Stellenwert des Meisterbriefes nochmals deutlich gemacht. Wir plädieren für den Meisterbrief, und es ist unstrittig, dass wir da auf dem richtigen Weg sind. Das Ansinnen der Europäischen Union ist ungerechtfertigt, und die Europäische Union hat dabei einen starken Gegner, nämlich Deutschland und Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Ich erteile jetzt Herrn Kollegen Roos das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Roos (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist äußerst beeindruckend, wenn man auf die Pressetribüne blickt. Die beiden Offizianten halten quasi die Ehre des Hohen Hauses aufrecht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich denke, dass die Pressevertreter eine direkte Verbindung online zu ihren Redaktionen haben, um diese fulminante Diskussion zum Dringlichkeitsantrag "Handwerk als Stütze der mittelständischen Wirtschaft in seiner Qualität erhalten – Meisterordnung nicht antasten" verfolgen zu können.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich danke ihnen für diesen weit über ihren Arbeitsvertrag hinausgehenden Einsatz im Interesse unserer Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Nun im Ernst zur Thematik. Es ist in der Tat bedauerlich, dass die Debatte über dieses Thema nicht mehr Resonanz findet. Kollege Reichhart, ich bin durchaus bei Ihnen, dass wir diesen Vorstoß gemeinsam tragen können. Wir haben deshalb keinen nachgezogenen oder gleichzeitig eingereichten Antrag vorgelegt; denn wir stehen inhaltlich hinter dem vorliegenden Antrag.

Warum werden diese Initiativen aus der EU gefahren? Das ist nicht die Ausgeburt eines durchgeknallten EU-Bürokraten, sondern das kommt von den Konservativen und Liberalen in Europa, die das gegen unsere Interessen durchsetzen wollen. Um der Wahrheit die Ehre zu geben: Die gleiche Linie fahren die Genannten von FDP und CSU in Bayern bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern: Prekariat hier wie dort, Entwertung der Arbeit hier wie dort. Daran ist nicht zu rütteln.

(Beifall bei der SPD)

Da heute im Laufe der Debatten schon sehr viel Dank für die vielfältigen Hilfen bei der Hochwasserkatastrophe abgestattet wurde, möchte ich nur hinzufügen: Natürlich darf man die Handwerker nicht auslassen, die ihre Fahrzeuge zur Verfügung gestellt

haben, die die Beschäftigten freigestellt haben und die weit über das menschliche Maß hinaus Unterstützung geleistet haben. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der SPD)

Aus all diesen Gründen wird die SPD-Fraktion dem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen.

Nun zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag von FDP und CSU: Entgegen sonstiger Übung war Ihr Redebeitrag sehr kurz, Kollege von Gumppenberg. Gleichwohl will ich auf Folgendes verweisen: Wer das hohe Lied auf die Qualität des Handwerks, der dortigen Ausbildung und der ehernen Grundsätze des ehrbaren Kaufmanns im Handwerk sowie dessen Fähigkeiten und Verlässlichkeit gerade in Sachen Verbraucherschutz singt, muss auch noch andere Dinge anfügen. Warum wohl? Die SPD und die Gewerkschaften – diese schließe ich hier mit ein – sind die Geburtshelfer der Parität in den Handwerkskammern gewesen. Was bedeutet denn die Rolle der Vizepräsidenten auf der Arbeitnehmerseite in den Handwerkskammern? Es ist die Qualität der Ausbildung zu gewährleisten. Die Verlässlichkeit in der Qualität der Arbeit gegenüber dem Kunden und natürlich der gute Umgang mit der Arbeitnehmerschaft sind zu gewährleisten. Ich bedaure, dass gerade im Handwerk die Betriebsräte häufig mit der Lupe zu suchen sind. Das liegt nicht nur daran, dass die Betriebe üblicherweise nicht so groß sind.

Ich weise darauf hin, dass der europäische Qualifikationsrahmen sowie der deutsche Qualifikationsrahmen geeignete Instrumente sind, um die Meister gegenüber anderen Berufsgruppen hervorzuheben, indem wir ihnen die Studierfähigkeit zubilligen. Auf all diese Dinge haben ja Sie bereits verwiesen.

Ein letzter Punkt, wenn es schon um die Defizite geht, ist die Ausbildungsvergütung. Ich kann nur an das Handwerk insgesamt appellieren und auch an die Berufsbilder, die derzeit noch nicht von der Aufweichung des Standards für den großen Befähigungsnachweis betroffen sind: Zahlen sie Ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-

mern mehr. Zahlen Sie den Auszubildenden mehr. Dann wird das Klagelied über mangelnde Bewerberinnen und Bewerber enden.

Mein Fazit im Großen und Ganzen: Wir stimmen auch dem Antrag von FDP und CSU zu.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Kollege Roos, bleiben Sie noch einen Moment am Mikrofon. Der Abgeordnete Dr. Fahn hat eine Zwischenfrage.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Roos, Sie haben sich darüber beklagt, dass keine Presse anwesend ist. Sie sollten wissen, dass es viele Pressevertreter gibt, die zu Hause sitzen und den Bayerischen Landtag online empfangen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wirklich?)

Und wenn sie dann gute Berichte schreiben, sind Sie möglicherweise morgen oder übermorgen in den Medien zu finden.

Bernhard Roos (SPD): Vielen Dank, Kollege Fahn für diese Information. Sie verschafft mir Gelegenheit, einiges über die Zustände bei den Journalisten auszuführen.

(Beifall bei der SPD)

Befristete Arbeitsverhältnisse, Freelancer, Aufträge von mal zu mal, Beschäftigung von der Hand in den Mund. Das ist bei den Medien üblich. Nicht alle, die vom Landtag aus berichten, wissen, ob sie am Ersten des nächsten Monats hier noch arbeiten oder wovon sie leben können.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat noch die Kollegin Tolle das Wort.

Simone Tolle (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich grüße alle Journalisten, die mir jetzt online zusehen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Ich möchte eingangs feststellen, dass auch die GRÜNEN stolz auf das Handwerk als einen Stützpfeiler der Wirtschaft sind. Ich möchte nicht wiederholen, was meine Vorredner bereits dargelegt haben, schließe mich aber den Ausführungen an. Ich finde es gut, dass wir das duale System haben und möchte betonen, dass gerade bei der Energiewende das Handwerk eine wichtige Rolle spielt. Das Bessere ist aber immer der Feind des Guten und damit komme ich zum Antrag der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege Fahn, ich stimme nicht in Ihre unterschwellige Botschaft ein, die Ihr Antrag aussendet, was sich die EU da wieder ausgedacht habe. Da machen Sie es sich zu einfach.

(Beifall des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Hintergrund ist Folgender: Die EU beurteilt jährlich die Reformbemühungen der Mitgliedstaaten. Das ist ein ganz normaler Vorgang. Daraus leitet sie Empfehlungen ab. Im Übrigen war das Gesamturteil für Schwarz-Gelb verheerend. Das sei an dieser Stelle auch einmal gesagt. Ich singe nicht mit im Chor der EU-Skeptiker. Denn dieses Papier sagt nichts anderes aus, als in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Jahre 2005 zu finden ist. Da dessen Inhalt hier vermutlich nicht so geläufig ist, möchte ich daraus zitieren. Die Kritik, die Sie heute vorgebracht haben, könnten Sie dann nämlich auch dem Bundesverfassungsgericht entgegenhalten. Der erste Satz aus dem Urteil aus dem Jahre 2005, bei dem einer geklagt hatte, den die Handwerkskammer nicht zugelassen hatte, lautet:

Das Bundesverfassungsgericht hat schon 1961 verdeutlicht, dass von der Möglichkeit, Ausnahmen zuzulassen, großzügig Gebrauch gemacht werden soll.

Es heißt dann weiter:

> Es besteht zudem Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des früher geltenden Rechts. Wegen der veränderten rechtlichen und wirtschaftlichen Situation ist zweifelhaft, ob die Regelung der alten Handwerksordnung in dem hier maßgeblichen Zeitraum noch verhältnismäßig war. Die wachsende Konkurrenz aus dem EU-Ausland lässt daran zweifeln, ob der große Befähigungsnachweis zur Sicherung der Qualität der in Deutschland angebotenen Handwerkerleistungen noch geeignet sein konnte.

Immer noch O-Ton Bundesverfassungsgericht:

> Es stellt sich die Frage, ob der hohe zeitliche und finanzielle Aufwand, den die Meisterprüfung erfordert, zumutbar ist, wenn Handwerker aus dem EU-Ausland für ein selbstständiges Tätigwerden in Deutschland lediglich eine mehrjährige Berufserfahrung mit herausgehobener beruflicher Verantwortung benötigen, nicht dagegen eine dem Meistertitel entsprechende Qualifikation. Auch soweit der Gesetzgeber das Ziel der Ausbildungssicherung verfolgt, bestehen Zweifel an der Erforderlichkeit des Meisterzwangs.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen - -

Simone Tolle (GRÜNE): Nein!

> (Heiterkeit)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön für die liebevolle Antwort.

Simone Tolle (GRÜNE): Es ist Usus hier im Haus, dass man keine Zwischenfragen mehr zulässt. Deswegen können Sie am Ende etwas sagen.

Präsidentin Barbara Stamm: Zwischenfragen sind aus der Geschäftsordnung noch nicht verschwunden.

Simone Tolle (GRÜNE): Ich weiß.

Präsidentin Barbara Stamm: Okay.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehen Sie es mir nach, Frau Präsidentin.

(Heiterkeit)

Die Handwerksordnung benachteiligt im Grunde Inländer ohne Meistertitel.

Auch ich habe mich im Jahr 2003 intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt. Ein Beispiel: Ein Zimmerer, Mitarbeiter in einem großen Betrieb, hat mir damals gesagt, dass er den Betrieb gern übernehmen würde, aber keine Zeit habe, die Meisterprüfung zu machen. Er kam zu dem Schluss: Es ist gut, was Rot-Grün auf den Weg gebracht hat. - Ein weiteres Beispiel: Ein Maler, dessen Vater verstarb, hatte keine Zeit für die Meisterprüfung und musste einen Meister anstellen. - Es gibt ziemlich viele Fälle, die dazu Anlass geben, darüber nachzudenken, ob das, was die rot-grüne Bundesregierung auf den Weg gebracht hat, nicht vielleicht sogar gut war.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Natürlich war es gut!)

Die Welt brach nicht zusammen, nachdem man Reglementierungen entfernt hatte. Zumindest bei uns sind Handwerker immer noch gut beschäftigt. Wir haben es ausgerechnet: Wenn wir die Energiewende in unserem Landkreis durchführen wollen, brauchen wir viel mehr Handwerksbetriebe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer das will, was Sie gerade gefordert haben, Herr Kollege, benachteiligt Inländer ohne Meistertitel, und wer etwas anderes will, stellt die Freizügigkeit in der Europäischen Union infrage. Das müssen wir hier klar festhalten.

Es ist gut, dass wir eine neue Debatte anstoßen können, aber nicht mit dem Ziel des Festhaltens am Status Quo. Deswegen gibt es von uns ein Nein zu dem Antrag der FREIEN WÄHLER und eine Enthaltung zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen.

Wir haben eigene Anträge zur Veränderung der dualen Ausbildung eingebracht und werden darüber auch im Bildungsausschuss beraten. In einem Punkt unterscheidet sich die Position unserer Fraktion klar von der bisherigen Regelung in der Handwerksordnung: Wir brauchen im dualen System eine Modularisierung. Das würde in vielerlei Hinsicht Nutzen bringen. Deswegen werden wir uns zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen der Stimme enthalten.

Sehr geehrte Damen und Herren, nur wer sich ändert, bleibt sich treu. Das weiß vielleicht auch das Handwerk. Deshalb halte ich es nicht nur anlässlich dieser EU-Empfehlung, sondern auch angesichts der Verpflichtung aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts für legitim, über eine Veränderung der mittelalterlichen Handwerksordnung nachzudenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Reichhart, bitte.

Markus Reichhart (FREIE WÄHLER): Ich bin einigermaßen schockiert, Frau Kollegin. Es tut mir auch leid, dass diese Debatte so spät am Abend stattfindet und keine Pressevertreter mehr anwesend sind bzw. nur noch diejenigen, die vor einem Bildschirm hängen, die Debatte verfolgen. - Wer das Handwerkssystem so diskreditiert, wie Sie es getan haben, dem sollte man zukünftig den Schraubenschlüssel selber in die Hand drücken, damit er sein Klo repariert.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist vollkommen klar. Sie weiß ja nicht, welches Werkzeug sie verwenden soll. Ich weiß also nicht, was daran falsch wäre.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage ja: Sie weiß nicht, was sie verwenden soll.

Kommen wir zu einigen wenigen Fakten: Sie werden keinen Meister finden, der momentan wirklich Arbeit sucht. Das heißt, wir haben allein über die Qualifikation einen stabilisierenden Faktor für die Beschäftigung. Wer soll denn zukünftig noch den Meister machen, wenn er sich auch als Geselle selbstständig machen kann? Wer soll überhaupt noch eine Lehre anfangen, wenn diese auf eine verschulte berufliche Bildung wie in Spanien und in anderen Ländern hinausläuft, die – das brauche ich hier wohl nicht zu betonen – riesige Probleme haben? Insofern kann ich Ihre Ausführungen überhaupt nicht nachvollziehen, Frau Kollegin.

Wenn Sie von "verstaubter Handwerksordnung" reden, dann zeigt das nur eines: Sie ignorieren, dass sich das Handwerk permanent neu erfindet. Es tut mir wirklich leid, dass ich das so sagen muss, weil ich Sie sonst sehr schätze und wir schon auf Veranstaltungen waren, bei denen ich den Eindruck gewonnen habe, dass Sie in dieser Hinsicht durchaus Ahnung haben. Aus dem Handwerk selbst entwickeln sich dauernd neue Berufe. Angesichts dessen kann man nicht von einer "verstaubten Handwerksordnung" reden, sichert diese doch die Stabilität gerade unserer mittelständischen Wirtschaft. Darum kann ich Ihre Ausführungen nicht nachvollziehen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wie lang sind eigentlich die zwei Minuten?)

Ich möchte in der einen Minute, die mir noch gegeben wird, zitieren.

(Heiterkeit - Simone Tolle (GRÜNE): Zehn Sekunden!)

Ich zitiere aus dem Bericht:

> Deutschland sollte stärker an der Öffnung des Dienstleistungssektors arbeiten, indem ungerechtfertigte Beschränkungen und Marktzutrittschranken abgeschafft

werden, was das Preisniveau senken und Dienstleistungen für die unteren Einkommensgruppen bezahlbarer machen wird.

Man muss sich vor Augen halten, dass das in einem direkten Zusammenhang steht.

In vielen Handwerksbranchen, einschließlich im Baugewerbe,

- auch das habe ich in meiner Rede schon betont -

ist nach wie vor ein Meisterbrief oder eine gleichwertige Qualifikation erforderlich, um einen Betrieb zu führen.

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt haben wir es, Herr Kollege Reichhart.

(Heiterkeit)

Markus Reichhart (FREIE WÄHLER): Ich sage: zu Recht, weil nur das die Qualität sichert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, bitte.

Simone Tolle (GRÜNE): Zunächst einmal weise ich mit aller Entschiedenheit Ihre Bemerkung mit dem Schraubenschlüssel und der Kloschüssel zurück, auch weil ich sie als frauenfeindlich empfinde.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Das Gleiche hätten Sie zu einem Mann nicht gesagt. Im Übrigen geht es Sie überhaupt nichts an, welche handwerklichen Fähigkeiten ich habe, wie es auch mich nichts angeht, welche Sie haben; darum geht es hier nicht.

(Thomas Hacker (FDP): Um Transparenz ging es vorhin!)

Ich knüpfe sehr gern an die Debatte an, die wir schon im Jahr 2003 geführt haben. Damals ging es nämlich darum, ob man den Meisterzwang abschaffen sollte oder nicht bzw. welche Vorteile und welche Nachteile das mit sich bringt.

Das Leben spricht doch eine deutliche Sprache: In Deutschland haben sich die Verhältnisse nicht geändert. Wir haben schon damals betont, dass der Meister ein Qualitätsmerkmal ist. Gerade Ihr Hinweis, dass immer mehr Menschen den Meister machen, obwohl sie vielleicht auch auf andere Art und Weise ihr Geld verdienen könnten, zeigt doch deutlich, dass die damalige Entscheidung richtig war. Ich hätte mir auch gewünscht, dass das, was Herr Clement vorgeschlagen hat, seine Fortsetzung gefunden hätte.

Ich bin allerdings der Meinung, dass Ihr Antrag nicht auf diese Debatte abzielt. Sie können gern den Antrag stellen: Wir wollen zurück in das letzte Jahrtausend und stellen die alten Verhältnisse wieder her. – Das ist Ihnen unbenommen. Dann können wir über die Vor- und die Nachteile reden.

Aber auch die Parlamentarier im Bayerischen Landtag haben sich an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu halten – ich habe daraus zitiert –, das sich übrigens in keiner Weise von den EU-Vorgaben unterscheidet. Ich warne immer davor, die Anträge mit einem platten Unterton zu formulieren, der den Euro-Skeptikern in die Hände spielt. Ich bin für Europa.

Das alles könnte ein guter Aufschlag für die weitere Debatte sein. Ich mag es nicht, wenn man auf der Populismuswelle mitschwimmt; das bringt uns in der Sache nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat jetzt Frau Staatssekretärin Hessel das Wort. Bitte schön, Frau Staatssekretärin.

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! – Eigentlich war ich fast versucht zu sagen: und alle, die mich außerhalb dieses Saales noch hören können. Ich würde aber gerne wieder etwas Ernst in die Debatte hineinbringen, auch wenn es spät ist und wenn es eine sehr schöne, lustige Debatte war. Ich glaube, das Thema ist relativ ernst, und es ist auch wichtig, dass wir uns mit diesem Thema auseinandersetzen. Das Handwerk – das haben wir jetzt von vielen gehört – ist eine Stütze, ist ein Eckpfeiler unserer gesamten leistungsstarken mittelständischen Wirtschaft in Bayern. Ein paar Zahlen dazu: Wir haben 200.000 Handwerksbetriebe, 800.000 dort tätige Personen und rund 96 Milliarden Euro Umsatz.

Ganz besonders wichtig ist mir aber, liebe Kollegen: 76.400 junge Menschen standen zum Jahreswechsel im Handwerk in einer Ausbildung. Das ist vielleicht auch ein Grund, warum wir in Bayern mit 2,8 % eine extrem niedrige Jugendarbeitslosigkeit haben. Sehen wir in die anderen Länder – das ist auch schon angesprochen worden. Warum haben wir denn hier eine so niedrige Jugendarbeitslosigkeit? – Weil wir die duale Ausbildung haben. Ein Eckpfeiler der dualen Ausbildung ist der Meisterbrief

(Beifall bei der CSU und der FDP)

mit dem großen Befähigungsnachweis. Beides gehört zusammen; darum kann es auch nicht getrennt voneinander gesehen werden. Das ist auch der Grund für den anderen Antrag. Die Gesamtfortschreibung des Systems der dualen Ausbildung, die wir brauchen, geht über den Meisterbrief hinaus.

Bevor ich an das Redepult trat, dachte ich eigentlich, dass wir uns auch in diesem Punkt im ganzen Hause einig sind. Ich habe gerade gelernt: Wir sind uns nicht einig. Sehen wir uns das EU-Recht an; sehen wir uns die Dienstleistungsfreiheit an; sehen wir unseren Befähigungsnachweis und die Wirtschaftskraft in Deutschland an. Ich glaube, es spricht für sich, dass wir unsere bewährte Meisterausbildung halten wollen, dass wir sie stärken wollen, dass wir wesentlich mehr junge Menschen in die berufli-

che Bildung bringen wollen. Herr Kollege Stöttner hat vorhin drei Punkte angesprochen, die dazu dienen: Die Öffnung der Hochschulen für die Meister, der Meisterzugang an die Hochschulen, der Meisterbonus, den wir wieder eingeführt haben, und eine noch größere Aufwertung des Systems der beruflichen und akademischen Ausbildung.

Deswegen würde ich mich freuen, wenn beide Anträge eine große Unterstützung erfahren würden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zu Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/17082 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FDP, Fraktion FREIE WÄHLER und SPD. Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. Wer stimmt dagegen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/17092 – das ist der Antrag der Fraktionen der FDP und der CSU – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FDP, FREIEN WÄHLER und SPD. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls angenommen.

Ich gebe jetzt die Ergebnisse der durchgeführten namentlichen Abstimmungen zu den Anträgen bezüglich Hochwasser bekannt.

Zunächst zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CSU und FDP auf Drucksache 16/17080. Mit Ja haben 134 gestimmt, Nein-Stimmen gab es keine, Stimmenthaltungen auch keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich gebe das Ergebnis des Dringlichkeitsantrags der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/17081 bekannt. Mit Ja haben 61 gestimmt, mit Nein haben 72 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich gebe jetzt das Ergebnis zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/17083 bekannt. Mit Ja haben 43 gestimmt, mit Nein haben 86 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es eine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Nun noch das Ergebnis der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/17087. Mit Ja haben 45 gestimmt, mit Nein haben 73 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 16. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)